

„Unabhängigkeit ist unser Vorteil“

Neuer Expertenrat für Integration und Migration gegründet

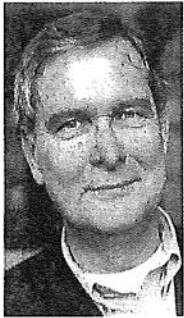


Foto: dpa

Klaus Bade:
„Unsere Unabhängigkeit ist nicht unser Makel, sondern unser Vorteil.“

So mancher mag gestutzt haben, als er in der Presse las, mit Jahresbeginn nehme ein neuer Expertenrat für Integration und Migration die Arbeit auf. Gab es so etwas nicht schon einmal?

Doch, so etwas gab es schon einmal. Mit viel Tamtam hatte Innenminister *Otto Schily* (SPD) während der Verhandlungen um das Zuwanderungsgesetz 2003 einen „Zuwanderungsrat“ ins Leben gerufen, der die Debatte kritisch begleiten und gründliche Berichte verfassen sollte. Das taten die Experten dann auch – und setzten sich prompt in die Nesseln, als sie in ihrem ersten Bericht ein jährliches Einreisekontingent für 25 000 ausländische Fachkräfte forderten. Das erste blieb ihr letztes Gutachten. Nur we-

lieferte, tut es nun wieder – in einem unabhängigen Gremium, das nicht von der Bundesregierung eingesetzt ist und folglich auch nicht von ihr abgeschafft werden kann: *Klaus Bade*, vermutlich Deutschlands renommiertester Migrationsforscher, ist Vorsitzender des Sachverständigenrats für Integration und Migration, der im Januar 2009 die Arbeit aufnimmt. Es sei „höchste Zeit“, sagt Bade, ein Gremium zu schaffen, das Politik kritisch begleiten und deren Folgen abschätzen könne – ohne sich dabei gleichsam selbst in Gefahr zu bringen. Bade: „Unsere Unabhängigkeit ist nicht unser Makel, sondern unser Vorteil – es wird schwer sein, uns zu überhören.“

„Menschenfreundliche Prosa“
Tatsächlich hat sich der Rat, der auf eine

aktuellen Stand von Migration und Integration widerspiegeln, und zwar als gemeinsames Thema und in „menschenfreundlicher Prosa“. Bisher legt die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, *Maria Böhmer* (CDU), Integrationsberichte, das Innenministerium Migrationsberichte vor; dazu kommen zahllose Papiere aus den Ministerien, die kaum aufeinander Bezug nehmen. Der Sachverständigenrat will zudem auch die Auswanderung in den Blick nehmen. Diese, so Bade, „ist nämlich kurz davor, die Zuwanderung zu überreffen und wird in der politischen Debatte bisher kaum beachtet“.

„Integrationsbarometer“

Als Zweites will der neunköpfige Rat, dessen stellvertretende Vorsitzende die Hamburger Erziehungswissenschaftlerin *Ursula Neumann* ist, ein „Integrationsbarometer“ entwerfen. Dieses in der Forschungslandschaft völlig neue Instrument soll neben den Integrationsleistungen der Zuwanderer auch jene der deutschen Gesellschaft beleuchten. „Integration ist bekanntlich keine Einbahnstraße“, konstatiert Bade. „Das heißt, dass man auch auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft genauer schauen muss: Welche Leistungen erbringt sie, welche Fortschritte wurden gemacht?“ Jahresbericht und Integrationsbarometer sollen im Frühjahr 2010 erstmals vorgestellt werden.

Chancen ungleich verteilt

Als größte politische Herausforderung der Gegenwart und Zukunft bezeichnet Bade die „nachholende Integration“: Nicht nur weil – nicht zuletzt wegen des von der Bundesregierung abgelehnten Punktesystems für Zuwanderer – kaum noch jemand kommt, sondern auch, weil die Chancen von Zuwanderern und Einheimischen „von der Bildung bis zum Arbeitsmarkt nach wie vor eklatant ungleich verteilt sind“.

Die Geschäftsstelle des Rates nimmt im Januar mit einer Geschäftsführerin und vier Wissenschaftlern ihren Betrieb in Berlin auf. Die Stiftungen stellen für die ersten drei Jahre 1,7 Millionen Euro zur Verfügung. Als Unterstützerin in der Anfangsphase griffen sie ebenfalls auf eine Schlüsselfigur des Ende 2004 aufgelösten Zuwanderungsrates zurück: dessen ehemalige Vorsitzende und Bundes-

Foto: imago

„Integration ist bekanntlich keine Einbahnstraße. Man muss auch auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft genauer schauen: Welche Leistungen erbringt sie?“

nige Wochen nach der aus Sicht des Innenministeriums inakzeptablen Forderung wurden dem Zuwanderungsrat Ende 2004 sämtliche Mittel gestrichen. Einer, der damals fundierte Analysen

konzertierte Aktion von acht Stiftungen – *Mercator, Volkswagen, Bertelsmann, Freudenberg, Körber, Vodafone, Hertie und Zeit* – zurückgeht, viel vorgenommen. Ein Jahresbericht soll regelmäßig den

tagspräsidentin a. D. *Rita Süßmuth* (CDU). Sie war als Vorsitzende der Findungskommission am Entstehen des Sachverständigenrates beteiligt – und zeigte sich hoch erfreut über dessen Zustandekommen: Es handele sich, so Süßmuth, um ein „einzigartiges Projekt der Zivilgesellschaft“.

Jeannette Goddar, freie Journalistin

Ein Prozess auf Gegenseitigkeit

GEW-Kommentar: Integrationsrat könnte gesellschaftlichen Klimawandel bewirken

Wer sich mit der Bildungsarmut in Deutschland beschäftigt, kommt an den Kindern mit Migrationshintergrund nicht vorbei. Es gibt keine nationale oder internationale Studie, die nicht auf die dramatischen Probleme dieser Menschen in unserem Bildungssystem hinweist. Migrantenkindern bleibt der Zugang zu höherer Bildung weitgehend verschlossen. Sie finden sich überproportional oft unter den Schul- und Ausbildungsabbrechern. Die Zahl der Migrantenkinder unter den schlechten Lesern ist dramatisch hoch. Fast jeder dritte Jugendliche mit Migrationshintergrund findet keinen Ausbildungsplatz. Schon gibt es einzelne konservative Bildungspolitiker, die den Einwanderern das schlechte Abschneiden Deutschlands bei PISA & Co. anlasten wollen.

„Es liegt nicht nur an den Migranten“, musste sogar *Wilfried Bos*, Leiter der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU), klarstellen.

Unsere Gesellschaft braucht deshalb dringend einen Integrationsrat, der unabhängig von den Regierungen in Bund und Ländern arbeitet. Und das Wichtigste: Dieser Sachverständigenrat muss auch die Integrationsleistungen der Mehrheitsgesellschaft messen. Und da ist die Bilanz unseres Bildungssystems in der Tat miserabel. Die soziale Auslese im gegliederten Schulsystem trifft vor allem Migranten. Interkulturelle Bildung und Erziehung sind längst nicht Prinzip aller Bildungseinrichtungen. Es mangelt an mehrsprachigen Angeboten an unseren Kitas und Schulen. Uns fehlt pädagogisches Personal mit Migrationshinter-

grund. Die heutigen Maßnahmen zur Integration und Sprachförderung sind viel zu schlecht ausgestattet. Kurzum: Von einem inklusiven Bildungssystem ist Deutschland noch meilenweit entfernt!

Wenn der neue Integrationsrat hier einen gesellschaftlichen Klimawandel befördern kann, hätte sich dieses Gremium schon gelohnt. Interkulturelle Bildung ist im Zeitalter der Globalisierung das Gebot der Stunde. Dabei muss klar sein, dass Integration ein Prozess auf Gegenseitigkeit ist und nicht nur einseitig Bringschuld der Einwanderer. Nur dann können alle von einem gleichberechtigten, wertschätzenden und friedlichen Miteinander der Kulturen profitieren.

Ulrich Thöne, GEW-Vorsitzender